

16. Landtag von Baden-Württemberg, 40. Sitzung
Donnerstag, 20. Juli 2017, 09:30 Uhr

Siegfried Lorek MdL: „Gewalt gegen Polizeikräfte ist nicht akzeptabel!“

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir können erst einmal beginnen mit einem Dank für die Einsatzkräfte der Polizei, die vor Ort waren und schnell und professionell gearbeitet haben, und zwar nicht nur in der Nacht, sondern während des ganzen Festes. Die Vorgänge bewegen uns alle, auch mich persönlich. Ich wohne keine 20 km entfernt. Es erschreckt, weil ein schönes und ganz normales Stadtfest im positiven Sinne gemeint in einer ganz normalen Stadt, die im Übrigen im schönen Remstal in der Region Stuttgart und nicht – wie die AfD meint – in der schwäbischen Provinz liegt. Da kann ich Kollegin Häffner völlig recht geben.

– Herr Dr. Meuthen, ich habe Sie bei den Terminen im Rems-Murr-Kreis auch noch nie gesehen. – Da haben Sie völlig recht! Es ist auch mit den Händen zu greifen, wie Sie – die AfD – mit Ihrer gespielten Empörung Ihre Freude über die Vorgänge übertünchen, mal wieder über Migranten und über angeblichen Kontrollverlust zu sprechen anstatt über Frau Petry und umgekehrt. Titel dieser Debatte könnte auch sein: Der AfD-Theatersommer ist in der schwäbischen Provinz angekommen.

Politisch müssen wir uns das einmal ganz genau anschauen. Was ist vorgefallen, was wurde unternommen, und was muss in der Zukunft unternommen werden?

Hier müssen wir auch sauber trennen. Am Samstagabend kam es zu einer sexuellen Belästigung einer Frau durch drei arabische Tatverdächtige.

Hier musste eine konsequente Strafverfolgung erfolgen, und zwar völlig unabhängig von der Nationalität. In der Nacht zuvor war es zu drei Fällen gekommen.

Darum ist es auch richtig, dass durch die CDU-geführte Bundesregierung kürzlich der Straftatbestand der sexuellen Belästigung neu eingeführt wurde.

Der Festbetrieb der Schowo endete regulär. Danach kam es im Schlosspark, seit Jahren traditioneller Treffpunkt junger Erwachsener, Jugendlicher, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, zu einer Auseinandersetzung rivalisierender Gruppen. Die Polizei schritt ein, die Stimmung wurde aggressiver, es folgten Flaschenwürfe auf die Polizei. Aus einer ursprünglich kleinen Lage wurde eine viel größere. Die Polizei führte aus anderen Landkreisen Kräfte heran und hatte die Lage dann auch unter Kontrolle.

Die baden-württembergische Polizei funktioniert und arbeitet sehr gut.

An dieser Stelle Dank für die professionelle Einsatzführung vom hervorragenden Führungs- und Lagezentrum in Waiblingen.

Trotzdem möchte ich den Vorwurf des Schorndorfer Oberbürgermeisters – er ist heute anwesend –, die Polizei habe den Schlossplatz zu spät geräumt, nicht einfach so stehen lassen. Ich finde es nur traurig, wenn der OB nun einen Schuldigen sucht und meint, dies auf dem Rücken der Polizei austragen zu können.

Auch wenn es der AfD nicht gefällt: Die Vorgänge in Schorndorf haben nichts, aber auch gar nicht mit den massiven sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht gemeinsam. Auch wenn es die zunächst unglückliche Pressearbeit vom Polizeipräsidenten und vom Präsidium zunächst so erscheinen ließ, so geben dies weder die Zahlen im Blick auf die Einsatztaktik noch die Zahlen auf die Aktivitäten der Polizei her. Im Unterschied zu Köln deutet nichts auf verabredetes Handeln hin. Dies sollte man zur Kenntnis nehmen, und man sollte dann auch bei den Fakten bleiben.

Hierzu zitiere ich aus der „Waiblinger Zeitung“:

Dem Medieninteresse bei der Pressekonferenz am Montag zum Trotz sei gesagt: Schorndorf ist – bezogen auf die sexuellen Übergriffe – nicht Klein-Köln, und Schorndorf ist – bezogen auf die Krawalle im Schlosspark – nicht Klein-Hamburg.

Ich denke, das ist deutlich.

Ich möchte an dieser Stelle festhalten: Jeder Übergriff ist einer zu viel, jede belästigte Frau ist eine zu viel, jeder verletzte Beamte, jeder verletzte Festbesucher ist einer zu viel, und auch jeder Flaschenwurf ist einer zu viel. Gewalt und Vandalismus werden nicht toleriert, egal, von wem, und egal, wem gegenüber.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Lage objektiv und nüchtern einschätzen. Bei uns kann die Polizei sofort handeln, weil sie weiß, sie hat die Rückendeckung und das Vertrauen der Politik. Das ist ganz klar unter Innenminister Thomas Strobl so; das war früher unter Innenminister Heribert Rech der Fall und auch, wie man fairerweise sagen muss, unter dem Kollegen und damaligen Innenminister Reinhold Gall.

Diese Landesregierung, diese Regierungskoalition nimmt die innere Sicherheit ernst, und wir handeln auch danach, sei es durch Bodycams mit Prerecording, durch neue Stellen für die Polizei, durch neue Ausstattung. Wir vertrauen der Polizei und verzichten darum auch auf eine Kennzeichnungspflicht.

Wir gehen in puncto innere Sicherheit die Alltagskriminalität genauso an wie die Terrorabwehr. Deshalb haben wir auch ein Paket weitgehender Gesetzesänderungen im Polizeigesetz beschlossen. Wir haben die Polizeireform evaluiert und werden die größten Schnitzer der SPD-geführten Reform beseitigen, und wir werden auch die Ausbildungskapazitäten wieder erhöhen. Wir haben den Städten und Gemeinden neuerdings die Möglichkeit für ein zeitlich und räumlich begrenztes Alkoholverbot an Brennpunkten gegeben, um genau die Situation zu verhindern, über die wir heute sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir aber in Schorndorf und anderswo beobachten können: Die Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften nimmt immer mehr zu. Dies kann definitiv nicht hingenommen werden. Dem müssen wir uns als Gesellschaft klar entgegenstellen.

In den 22 Jahren, in denen ich Polizeibeamter war, hat sich einiges verändert. Das hat verschiedene Auswirkungen: Einerseits erhöht sich der Druck auf die Beamtinnen und Beamten vor Ort, zum anderen brauchen wir heute leider mehrere Streifenwagen bei Lagen, in denen früher oft bereits ein Blaulicht einer kommenden Streife deeskalierend wirkte.

Deshalb war es richtig und ich bin froh, dass durch die Bundesregierung der Straftatbestand „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ eingeführt wurde.

Die Täter sind – auch hier unabhängig von der Nationalität – konsequent zu verfolgen.

Wir sollten deshalb als Landtag heute das deutliche Signal senden: Wir lassen uns unsere Festleskultur nicht von Krawallmachern kaputt machen. Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte ist nicht akzeptabel und wird nicht toleriert. Vorfälle werden weder aufgebauscht noch unter den Teppich gekehrt, sondern analysiert – egal welche Nationalität Täter und Opfer haben. Wenn es schlimme Vorgänge gibt, werden sie aufgeklärt und nicht für billige Wahlkampfpolemik instrumentalisiert. Lassen Sie uns dieses Signal gemeinsam senden.“